Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich. Abend-Ausgabe allein M. 2.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—, Auslandsbezug: monatlich M. 12.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Groß-Leipzig u. Umgeb. die einspal. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Anzeigen-Annahme: Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7594. Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 5. Verlag Dr. Reinhold & Co. Leipzig.

Nr. 310 — Sonnabend, den 2. Juli — **1921**

Amnestie-Erlaß der J. A. K.

Appell an die Bewohner Oberschlesiens

(Drahtbericht.)

Oppeln, 1. Juli.

Die J. A. K. veröffentlicht nachstehenden Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens:

Die J. A. K. gibt den Bewohnern bekannt, daß, gehorsam den Anordnungen der J. A. K., die Kräfte der polnischen Insurgenten und der irregulären deutschen Formationen sich aus ihren Stellungen zurückzuziehen und am 5. Juli abends vollständig aufgelöst sein werden. Die Verwaltung Oberschlesiens wird von da ab wieder vollständig in den Händen der J. A. K. ruhen und allen nicht rechtmäßig gebildeten Formationen wird keine Autorität und Gewalt irgendwelcher Art mehr zustehen.

Von dieser Unterwerfung befriedigt und eine Besänftigung des Grolles sowie eine Milderung der bestehenden Rassengegensätze wünschend, hat die J. A. K. beschlossen, eine Amnestie für alle ungesetzlichen Handlungen zu gewähren, die mit dem Aufstande in Zusammenhang stehen, jedoch mit Ausnahme solcher Handlungen, die in gewinnsüchtiger Absicht oder aus persönlicher Rachsucht oder aus Grausamkeit begangen werden. Von dieser Amnestie werden jedoch alle Personen ausgeschlossen, die nach einem noch bekannt zu machenden Zeitpunkt in unbefugtem Besitz einer Schußwaffe oder von Explosivstoffen befunden werden.

In der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich dieser Aktion der Milde würdig zeigen werde, sowie fest entschlossen, jeden Versuch der Störung der öffentlichen Sicherheit zu unterdrücken, fordert die J. A. K. die Bewohner Oberschlesiens auf, in Ruhe und in vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der alliierten Mächte die Entscheidung abzuwarten, die gemäß dem Friedensvertrage zu Versailles getroffen werden soll.

Der Vertreter Frankreichs: Le Rond.
Der Vertreter Italiens: de Marinis.
Der Vertreter Großbritanniens: Harold Stuart.

Eine „gemeinsame Formel" über Oberschlesien

Paris, 1. Juli.

Briand hat heute in der Finanzkommission der Kammer erklärt: Die oberschlesische Frage habe sich in letzter Zeit wesentlich gebessert, und die drei Delegierten der J. A. K. in Oppeln seien im Begriff ihre Berichte einzusenden, die zwar nicht einstimmig den gleichen Vorschlag enthielten, aber geeignet seien eine Grundlage für eine gemeinsame Formel abzugeben. Der Oberste Rat soll sich demnächst in Paris oder London mit den Berichten befassen.

Die Finanzkommission stellte fest, die ganze unheilvolle Lage in Oberschlesien sei durch die polnische Invasion verursacht worden. Der Einmarsch der deutschen Selbstschutzformationen sei nur eine Folge der polnischen Angriffe gewesen.

„Prügelstationen" für Deutsche

Breslau, 1. Juli.

Die Insurgenten plündern auf ihrem Rückzuge, wo und wie sie können, und nehmen alles mit, was ihnen mitnehmenswert erscheint. Die deutsche Bevölkerung wird von ihnen auf die schlimmste Weise mißhandelt und gequält. Fast in jedem Orte befinden sich Prügelstationen, auf denen Deutsche oder Leute, die im Verdachte stehen deutsch gesinnt zu sein, auf die unmenschlichste Weise gefoltert werden. Von einer Entwaffnung der Insurgenten kann natürlich keine Rede sein.

Nachrichten aus den von den Insurgenten verlassenen oberschlesischen Gebieten, stimmen darin überein, daß die gesamte Bevölkerung, einschließlich der kulturell höherstehenden polnischen Schichten, aufatmet, daß die polnische Wirtschaft ein Ende hat. Selbst aus dem stark polnischen Kreise Rybnik werden Beschlüsse rein polnischer Betriebsräte gemeldet, die sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens und gegen eine Zuteilung an Polen aussprechen. Aehnliche Nachrichten kommen auch aus dem Kreise Beuthen.

Koalitionsregierung und sozialistische Einigung

In letzter Zeit hat sich mehrfach der Fall ereignet, daß die bürgerlichen Regierungsparteien gegen die sozialistische Regierungspartei gestimmt haben. So war es bei der Getreideumlage und so bei der Entscheidung über die Handelsflagge des Reiches. Bei einer anderen Gelegenheit haben die Sozialdemokraten die Mißbilligung aller bürgerlichen Parteien zu hören bekommen. Das war, als sie im Steuerausschuß die Zurückstellung der Zuckersteuer verlangten, bis die Einbringung neuer direkter Steuern mindestens in bestimmter Form angekündigt wäre. Die Rechtspresse hat jedesmal frohlockt über Brüche in der Koalition oder gar über den Bruch des Regierungsblockes, der nach der „Kreuzzeitung" eigentlich überhaupt nicht mehr vorhanden sein sollte. Das war sehr voreilig. Das jetzige Kabinett wird die Probe seiner dauernden Lebensfähigkeit erst im Herbst zu bestehen haben, wenn die großen Steuerdebatten kommen, und bis dahin denkt, soviel ersichtlich und wie übrigens auch zu hoffen ist, keine der Koalitionsparteien an ihren Austritt aus der Regierung. Die Demokraten bringen zwar immer wieder die Tatsache zur Sprache, daß eine Verbreiterung der Grundlage des Kabinetts nach rechts, d. h. um die Deutsche Volkspartei, dringend erwünscht wäre. Aber auch sie haben in der letzten öffentlichen Aussprache, die darüber im Reichstage stattgefunden hat, durch den Abgeordneten Külz erklären lassen, daß sie keine Konsequenzen daraus ziehen würden, wenn diese Verbreiterung zunächst nicht zustande käme. Wenn die Rechte erwartet, daß eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien, mit der wir ja leider als mit einer Möglichkeit rechnen müssen, die Regierung zum Rücktritt zwingen würde, so glauben wir das nicht und nehmen an, daß auch die demokratische Fraktion in einem solchen traurigen Falle keine übereilten Entschlüsse aus Stimmungsgründen fassen würde, so begreiflich in diesem Falle auch eine tiefe Niedergeschlagenheit und vielleicht sogar eine vorübergehende Verwirrung des einzelnen Politikers wäre. Eine Fraktion aber und eine Partei wird sich möglichst ruhig und kühl zu fragen haben, ob wirklich ein sachlicher Grund für den Rücktritt einer Regierung vorliegt, wenn ihr ohne ihr Verschulden eine Niederlage von einem übermächtigen äußeren Gegner bereitet wird. Sie wird ferner die Behauptungen der Rechtsparteien, daß eine mehr rechts gerichtete Regierung in Sachen Oberschlesien mehr erreicht hätte, mit der gebotenen Skepsis behandeln müssen, und sie wird drittens nicht umhin können, zu erwägen, was dann in Zukunft eine Rechtsregierung oder etwa auch eine einseitige Linksregierung an Stelle der jetzigen Regierung besser machen könnte.

Was das Zentrum anlangt, so steht es der Frage einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage durchaus abwartend und gelassen gegenüber, und Anzeichen von irgendeiner Abneigung, auf die Dauer in der jetzigen Regierung mitzuarbeiten, sind nicht zu erkennen. Das Verhältnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist gut. Die Zentrumspresse vermerkt hin und wieder mit Genugtuung sozialdemokratische Stimmen, die von wachsendem Verständnis für die religiösen Ueberzeugungen der deutschen Katholiken zeugen, und namentlich der linke Flügel des Zentrums, der in der „Germania" zu Worte kommt, legt offenbar Wert darauf, daß es zu keiner Trübung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie eintritt. Am Tage nach der Abstimmung über die Flaggenfrage, als die Haltung des Zentrums in der Sozialdemokratie stark verschnupft hatte, brachte die „Germania" wohl nicht ganz zufällig einen Leitartikel über die Mobilmachung der Rechtsopposition, worin sie vor der Steuersabotage der Deutschnationalen, unter der Führung Helfferichs warnte, und der „Vorwärts" hat über diesen Aufsatz mit Anerkennung quittiert.

Aber auch die Sozialdemokraten sind durchaus nicht koalitionsmüde. Herr Wirth, der nicht bloß Reichskanzler, sondern auch zugleich Führer des linken Flügels im Zentrum ist, ist ihnen persönlich angenehm, und der „Vorwärts" hat Wert darauf gelegt, nach dem Vorkommnis im Steuerausschuß, als man den Sozialdemokraten Sabotierung der indirekten Steuern vorwarf, zu erklären, daß irgendein Affront gegen Wirth keineswegs beabsichtigt sei. Wirth hat das Vertrauen der Sozialdemokraten schon seit

Der Reichstag gegen die Sanktionen

Alle Parteien protestieren gegen die brutalen Gewaltakten

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Juli.

Am Regierungstisch Dr. Rosen.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Min.

Aussprache über die Sanktionen

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Für die Verlängerung der Sanktionen liegt nicht der geringste Grund vor. Macht geht hier vor Recht. Unsere rheinische Treue ist über alle Anfechtungen erhaben. Eine Zerreißung Deutschlands muß unter allen Umständen verhindert werden. Wir wollen die Atmosphäre des Hasses durch eine fruchtbringende Temperatur des Friedens ersetzen. Wir wollen mit arbeiten an der Völkerversöhnung. Voraussetzung ist aber die Belassung Oberschlesiens bei Deutschland und die Befreiung der Rheinlande.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.): Die Zeit der Besetzung wird in der Geschichte als eine Zeit unsagbarer Leiden des Rheinlandes betrachtet werden. Das schlimmste ist aber die schwarze Schmach. Die Sanktionen sind Gewaltaten, Erpressungen, gemeine Verbrechen. (Beifall rechts.) Die Rheinlande haben immer wieder gegen die französische Diktatur protestiert, während von der Regierung wir nur lahme Vorstellungen hören. Wo bleibt der starke Mann? Sollen diese Erpressungen und Gewaltaten ewig dauern? Den Franzosen fehlt für ihr Vorgehen jedes Rechtsdokument. Ihr Verhalten ist die schwerste Enttäuschung der „Ja"sager. Es ist ein blutiger Hohn für den Reichskanzler, der alle Tage etwas verspricht. Wir vermissen ein zielbewußtes Auftreten der Regierung. Der Kanzler muß verlangen, daß Zug um Zug die Aufhebung der Sanktionen erfolgt und daß Oberschlesien geräumt wird. Die Reichsregierung hat ein völliges Fiasko erlitten.

Um 4 Uhr wird die Beratung unterbrochen. Es findet die Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf betreffend den Staatsgerichtshof statt. Die Vorlage wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit gegen die Kommunisten und Unabhängigen angenommen. Darauf wird die Aussprache über die Sanktionen fortgesetzt.

Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.): Auch wir fordern die Aufhebung der Sanktionen. Warum wird der Sanktionspolitik kein Ende gemacht, nachdem die deutsche Regierung vollgültige Beweise erbracht hat für ihren guten Willen? Bei einer Rechtsregierung würden die Sanktionen verewigt werden. Die Rechtsparteien spielen aus parteipolitischen Gründen nur eine Komödie. Sie sprechen von der Tatenlosigkeit der Regierung, wissen aber kein Rezept abzugeben. Wir sind weit entfernt, der Regierung irgendwelchen Blankokredit zu geben. Wir warten ab, was sie leisten wird.

Abg. Koch-Weser (Dem.): In unserem deutschen Volke und im Parlament haben und nehmen wir leider genug Gelegenheit, untereinander uns unsere Sünden und Fehler vorzuhalten. Bei dieser Interpellation kommt es aber lediglich darauf an, sich endlich auch einmal mit der Schuld zu befassen, die fremde Völker dem deutschen Volke gegenüber haben. Unser deutsches Parlament muß es lernen, dasjenige, was unser Volk in seiner Gesamtheit oder fast in seiner Gesamtheit denkt und fühlt, auch seinerseits einheitlich zum Ausdruck zu bringen. Die Debatte über diesen Gegenstand würde nur an Wert gewinnen, wenn die Parteien sich auf das beschränken, was man über die Anmaßungen des Gegners zu sagen hat.

Das Schlimmste ist, daß die Haltung der Entente ihrem innersten Sinne nach nicht allein darauf hinzielt, daß das Rheinland als Faustpfand in ihrer Hand bleibt, sondern daß ausgesprochen und unausgesprochen bei der französischen Besatzung die Absicht besteht, das Rheinland dem französischen Wirtschafts- und Kulturleben anzugliedern, und es politisch zu erobern. (Sehr richtig!)

Die Absicht ist, die germanische Kultur im Rheinland zu überwinden und durch die romanische und französische zu ersetzen. Ein diesem Zwecke dienendes französisches Pressebureau wird als ein Teil der Besatzungskosten von dem deutschen Volke bezahlt. Das ist unerhört! Dazu kommen nun die Sanktionen. Man will sich die Rheinlande politisch und wirtschaftlich angliedern. Alles ist nur Vorwand, um die für Deutschland unerträgliche Loslösung des Rheinlandes aufrechtzuerhalten. Bequem ist es nun, zu verlangen, die Regierung solle für die Beseitigung der Sanktionen sorgen und ihr mit ihrem Sturze zu drohen. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß man von Deutschland überhaupt eine Wiedergutmachung nicht verlangen kann, wenn die Sanktionen fortbestehen.

Die Zollgrenze führt zu einer Ueberschwemmung mit Luxuswaren. In einem Monat sind für 172 Millionen Branntwein, für 50 Millionen Liköre, und für 9 Millionen Champagner aus Frankreich eingeführt worden. (Bewegung.) Wo soll nun noch Geld für die Reparationen bleiben, wenn so viel Geld für Luxusgegenstände hinausgeht? Der Weg jeder deutschen Regierung ist ein Leidensweg.

Wenn Frankreich seine Politik der „Balkanisierung Europas" nicht aufgibt, wird es die Demokratie und die Republik in Deutschland vernichten. (Zustimmung.) Ein Trost ist uns die Haltung der besetzten Gebiete. Jede Maßnahme des Terrorismus verknüpft die Rheinlande nur enger mit uns. Man mag unser Vaterland vernichten können, zerreißen kann man es nicht. (Beifall.)

Abg. Hollein (Kom.): Die Rechte hat der Welt das Beispiel der Gewaltanwendung gegeben.

Abg. Dr. Most (D. Vp.): Wer die Verhältnisse des Rheinlandes noch nicht kannte, muß erschüttert sein von dem Bilde, das sich hier entrollt hat.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr. Kleine Anfragen. Interpellationen über die Auflösung des Schloßlazaretts Charlottenburg und über das Grubenunglück auf Zeche Mont Cenis. Schluß 7¼ Uhr.

Eine neue Verbesserung

und Erweiterung des Leipziger Tageblattes tritt von heute ab in Kraft: Wie an den übrigen Wochentagen, so erscheint jetzt auch am

Sonnabend eine Abendausgabe

SLUB
Wir führen Wissen.